

Erklärung

des Treffens von Vertretern der Weltreligionen im Vorfeld des G8 Gipfels Bordeaux/Frankreich, 23./24. Mai 2011

1. Das Treffen von Vertretern der Weltreligionen (*Religious Leader's Summit 2011*) setzt eine Reihe solcher Treffen im Vorfeld der Gipfeltreffen der Regierungschefs der G8-Staaten fort, die 2005 begann. Zusammen mit Repräsentanten aus Afrika, einem Kontinent, der nicht an den G8 und den G20-Treffen beteiligt ist, und aus dem Nahen Osten konzentrierten wir unsere Beratungen auf Themen, die bei den bevorstehenden Treffen der G8-Staaten in Deauville am 26. und 27. Mai 2011 und der G20-Staaten in Cannes am 3. und 4. November 2011, eine Rolle spielen werden und erarbeiteten Empfehlungen zu den die Menschheit bedrohenden Krisen.
2. Unsere verschiedenen Hintergründe und Erfahrungen machten den Reichtum unserer Beratungen aus. Das Trauma der Erdbeben, des Tsunami und der nuklearen Katastrophe, das die japanischen Teilnehmer beschrieben, die Erfahrungen und Ziele unserer Freunde aus dem Nahen Osten und die Problembeschreibungen unserer afrikanischen Kollegen im Hinblick auf die anhaltende Marginalisierung ihrer Stimme unterstrichen die Dringlichkeit der Probleme, die wir beraten haben.
3. Die zunehmend komplexen und riskanten Zeitumstände, unter denen wir leben, erfordern globale Lösungsansätze. Für uns als religiöse Gemeinschaften ist unser Verständnis des Universalen in unserem Verständnis des Göttlichen begründet. Wir begrüßen die Bemühungen der G8- und G20-Staaten im Hinblick auf globale Antworten auf die aktuellen Probleme und bieten unsere Überlegungen in einem Geist der Zusammenarbeit und Mitverantwortung an.
4. Unsere Überlegungen knüpfen an viele Themen an, die bei früheren Religious Leader's Summits behandelt wurden (solche in Großbritannien 2005, in Russland 2006, in Deutschland 2007, in Japan 2008, in Italien 2009 und Kanada 2010; weitere sind für 2012 in den USA und 2013 in Großbritannien geplant). Als Menschen mit religiösen Überzeugungen verstehen wir uns alle als gegenüber dem transzendenten Göttlichen verantwortlich – dem Ursprung und Schöpfer von allem. Aufgrund dieser Überzeugung und in gemeinsamer Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl fühlen wir uns herausgefordert Probleme anzusprechen, die auf Ihrer wie auf unserer Tagesordnung stehen. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen Grundsätze und gemeinsame Werte unserer Religionen, die universale Anerkennung genießen, nämlich die grundlegende und unwiderrufliche Würde aller Menschen, die Verantwortung gegenüber dem Wert der Schöpfung, die hohen Werte von Versöhnung und Vergebung und die zentrale Bedeutung von Freiheit und Gerechtigkeit. Politik und Programme, die in klarem Bezug zu diesen Werten stehen, finden unsere Unterstützung.
5. Obwohl Anhänger unserer religiösen Traditionen nicht immer in Übereinstimmung mit diesen Werten gelebt haben und die Auffassung besteht, dass religiöse Überzeugungen einen Beitrag zu Konflikten leisten können, glauben wir nicht, dass dies grundsätzlich zutrifft. Im Gegenteil können und sind religiöse Motive die treibenden Kräfte, die Fortschritte in Richtung auf eine Welt, die wir uns alle wünschen, freisetzen. Wir verpflichten uns aufs Neue zum inter-religiösen Dialog und gemeinsamen Handeln und begrüßen die zahlreichen Initiativen dazu rund um den Globus. Wir verpflichten uns selbst, in unseren Gemeinschaften

aktiv dafür einzutreten, dass unsere Empfehlungen umgesetzt werden und dass Verantwortliche auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene in Richtung dieser Ziele arbeiten.

6. Vor drei Jahren, in den Turbulenzen der schlimmsten globalen Finanzkrise seit der großen Weltwirtschaftskrise, trafen sich Verantwortliche aus den G20-Staaten erstmals in Washington. Sie erkannten, dass eine globale Krise auch eine globale Antwort braucht. Diese neue Zusammenarbeit muss in Richtung auf die Einbeziehung anderer Länder und Verantwortungsträger – einschließlich der Zivilgesellschaft und der religiösen Gemeinschaften – ausgeweitet und in noch effektivere Aktionsprogramme überführt werden. Nur eine erweiterte Partnerschaft, die auf tief verwurzelten und breit geteilten Problemanzeigen und Verbindlichkeiten aufbaut, kann, so ist zu hoffen, die heutigen strukturellen Langzeitprobleme in den Bereichen Ökonomie, Entwicklung, Klimawandel und Friedensförderung lösen.

7. Die aktuellen Ereignisse rund um die Erde, speziell im Nahen Osten und in Nordafrika, lassen erkennen, dass Menschen überall einfordern, dass ihre fundamentale Würde anerkannt wird. Staaten müssen zusammenarbeiten, um den Schutz des Rechts auf Religionsfreiheit als auch politische Selbstbestimmung zu gewährleisten. Toleranz, Offenheit und das Verständnis für die kulturellen und sozialen Strukturen anderer Völker, für ihre Werte und religiösen Überzeugungen sind ausschlaggebend für das Überleben einer global vernetzten Welt. Pluralität ist nicht nur ein Vorteil und eine Voraussetzung für materiellen Fortschritt, sondern eine überlebensnotwendige Komponente für Frieden, Sicherheit und menschliche Entwicklung. Länder müssen auch zusammenarbeiten, um den Respekt gegenüber religiösen und kulturellen Rechten von Einzelnen wie von Gruppen zu gewährleisten, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschrieben sind, und der wachsenden Realität von Migranten und deren Lebensumständen, Bedürfnissen und Rechten gerecht werden.

8. Unsere alles überspannenden Fragen und Empfehlungen, die wir nachstehend ausführen, beziehen sich auf die Menschenwürde und den Zustand des Planeten, da diese von globalen politischen Strategien, der makroökonomischen Situation, dem Klimawandel, der nachhaltigen Entwicklung und dem Investments in Frieden betroffen sind.

Internationale Zusammenarbeit reformieren

9. Die Treffen der G8- wie der G20-Staaten bilden bedeutsame Foren für Führungspersönlichkeiten, um sich auszutauschen und politische Aktionen zu koordinieren; jedoch mangelt es bei diesen Treffen noch an der notwendigen globalen Legitimation, um effektive internationale Zusammenarbeit zu gewährleisten. Dies darf Regierungen nicht aus der Verantwortung für ihre eigenen Bürger entlassen. Diese Treffen müssen die Arbeit der Vollversammlung der Vereinten Nationen und anderer UN Prozesse ergänzen und nicht unterminieren. Schritte sind notwendig, um beide Foren verstärkt in den offiziellen Rahmen des Systems der Vereinten Nationen einzubeziehen.

10. Die G20-Treffen müssen ihre Türen öffnen für Länder mit niedrigem Einkommen und als Mindestforderung eine permanente Vertretung der afrikanischen Länder, Lateinamerikas und der asiatischen Region vorsehen. Die Einbeziehung repräsentativer Nationen aus diesen Weltregionen würde ein besseres Verständnis schwieriger Probleme ermöglichen und eine größere Gegenseitigkeit im Hinblick auf die Lösung dieser Probleme.

11. Die Arbeit der beiden Foren muss transparenter werden, damit die zivilgesellschaftlichen Akteure und religiösen Organisationen sich für deren Arbeit engagieren, Entscheidungen beeinflussen und sicherstellen können, dass deren Verpflichtungen eingelöst werden. Zudem besteht ein großer Bedarf im Hinblick auf eine substantiell verbesserte Einlösung der Verpflichtungen, die die G8-Staaten selbst eingegangen sind.

Makro-ökonomische Situation

12. Viele der Aspekte, die für die Etablierung der G20 im November 2008 ausschlaggebend waren, sind noch nicht bearbeitet. Regierungen haben gut daran getan, Schritte zu unternehmen, um das Finanzsystem aufzustocken; doch die notwendigen Maßnahmen zur Regulierung der Finanzdienste haben noch keine Zustimmung und Implementierung erfahren.

13. Die Krise hat klar gemacht, dass die unregulierten Märkte nicht notwendigerweise effizient, stabil und selbstkorrigierend sind.

14. Ein robuster Regulierungsrahmen ist dringend erforderlich, um künftige finanzielle Krisen abzuwenden und die am meisten verwundbaren Menschen zu schützen. Jedes Land steht in der Verantwortung, die Probleme im Rahmen der eigenen Ökonomie zu lösen; jedoch haben die G8- und die G20-Staaten eine Verantwortung für Lösungen beim Auftreten von grenzüberschreitenden Problemen.

Klimawandel

15. Der Klimawandel ist das am stärksten drängende Problem, das eine besondere bevorstehende Bedrohung für die gegenwärtige und zukünftige Sicherheit und den Wohlstand der Welt darstellt. Die G8- und G20-Staaten können und müssen ihre globale politische Verantwortung für entsprechende Schritte übernehmen und die verbindlichen Absprachen treffen, die die Welt so dringend braucht.

16. Die G20-Staaten sind weiterhin verantwortlich für fast 80% aller Emissionen weltweit. Sie müssen dringende Maßnahmen für Investitionen in verminderten Ausstoß von Kohlendioxid tätigen und den Planeten wieder auf den Weg zu einer reduzierten CO₂-Konzentration in der Atmosphäre führen. Die Industrienationen und die größten Verschmutzer müssen die führende Rolle für die Verringerung des Ausstoßes übernehmen. Die Ersteren müssen für innovative finanzielle Anreize sorgen, um die Technologie zu finanzieren, die für einen geringen CO₂-Ausstoß notwendig ist.

17. Neu entwickelte Technologien sollten für Entwicklungsländer frei zugänglich gemacht werden, um deren weitmögliche Verbreitung sicherzustellen.

18. Die Sackgasse der zurückliegenden Jahre lehrt, dass die weltweit Verantwortlichen noch keinen Konsensus über die Implementierung der gewaltigen Veränderungen erreicht haben, die der Planet schon mit der Erhöhung nur eines Temperaturgrades erreicht hat. Der Konsens muss darüber erzielt werden, dass der Übergang zu einem CO₂-armen Wirtschaften Möglichkeiten für ein neues ökonomisches Wachstum verspricht.

Entwicklung

19. Trotz der gegenwärtig bestehenden Haushaltsprobleme ist es erforderlich, die Mittel für Entwicklungshilfe nicht nur zu erhalten, sondern aufzustocken, damit Staaten ihre Zusage einlösen, 0,7 % ihres Bruttosozialproduktes als Hilfe für die ärmsten Ländern zur Verfügung zu stellen und damit die Millennium Entwicklungsziele der Vereinten Nationen bis 2015 zu erfüllen, um durch internationale Hilfen all die zu unterstützen, die in Armut leben müssen. Im Falle von unsicheren oder zusammenbrechenden staatlichen Strukturen müssen neue Formen der Platzierung der Hilfe entwickelt werden, um dort Hilfe zu leisten, wo sie unmittelbar gebraucht wird.

20. Im Hinblick auf den Kampf gegen die HIV-AIDS-Epidemie ist es entscheidend, dass die Weltgemeinschaft die Notwendigkeit erkennt, das Recht auf allgemeinen Zugang zu Behandlungsmöglichkeiten weltweit zu gewähren. Jüngste Forschungen und Entwicklungen zeigen, dass dies möglich ist und dass ein wichtiger Punkt der entsprechenden Millennium Entwicklungsziele noch bis 2015 erreicht werden kann.

21. Finanzielle Unterstützung ist für Entwicklung notwendig, aber nicht ausreichend. Der „Entwicklungskonsens für geteiltes Wachstum“ der G20-Staaten von Seoul 2010 mit seinem Schwerpunkt auf Wachstum, Investment und Ausbildung war eine große Leistung und ein guter Schritt vorwärts, muss jetzt aber noch implementiert werden.

22. Es ist wichtig, dass die entwickelten Länder ihre Märkte einseitig für die am wenigsten entwickelten Länder öffnen und dass verbindliche Verpflichtungen für Handelshilfen abgegeben werden, so dass Entwicklungsländer von den Möglichkeiten Gebrauch machen können, die die Liberalisierung des Handels bietet.

In den Frieden investieren

23. Globale Investitionen in Friedensförderung, die minimal sind im Vergleich zum Budget für militärische Ausgaben, müssen erhöht und die nicht-militärischen Instrumente für Friedensförderung gestärkt und ausgebaut werden. Gewalttätige militärische Konflikte – der Versuch, ernsthafte Auseinandersetzungen mit militärischen Mitteln zu lösen – führen immer wieder zum Verlust von unschuldigen Leben, zur Zerrüttung von Gesellschaften, zur Verhinderung von Entwicklung und zur Zerstörung der Umwelt. Zudem fordert militärisches Vorgehen gegen Terrorismus unschuldige Opfer, bietet zusätzliche Motivation für terroristische Gruppen und bedroht grundlegende Freiheiten für die Gesellschaften, die sich gegen Terrorismus zu schützen versuchen. Jede Möglichkeit sollte genutzt werden, Dialog und andere nicht-gewalttätige Maßnahmen zu stärken, um Terrorismus zu vereiteln und Konflikte friedlich zu lösen. Die Zusammenarbeit sollte verstärkt werden, um zu verhindern, dass Gruppen aufgrund ihrer Kultur oder Religion zu Opfern werden, und um die Würde derer zu schützen, denen grundlegende Menschenrechte einschließlich Religionsfreiheit und Selbstbestimmung vorenthalten werden.

Schlussbemerkung

24. Um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen, ist eine stärkere und inklusivere Partnerschaft zwischen Regierungen und anderen Verantwortlichen essentiell. Wir möchten die G8- und die G20-Staaten höflich dazu drängen, an Antworten auf die dringenden globalen

Herausforderungen verstärkt weiterzuarbeiten. Wir – als Vertreter der verschiedenen Religionsgemeinschaften weltweit – verpflichten uns, über die Grenzen zwischen unseren Religionen hinweg gemeinsam mit Regierungen und allen Menschen guten Willens für das Gemeinwohl zu arbeiten. Wir sind weiterhin davon überzeugt – jeder unter uns aufgrund der Glaubensaussagen seiner eigenen Tradition –, dass Gerechtigkeit, Eintreten für den anderen und Versöhnung grundlegend für echten Frieden sind.

Bordeaux, im Mai 2011

(Original Englisch, Übersetzung Martin Affolderbach)